

QUARTALSBERICHT

Projektland: Tschechien

Quartal/Jahr: IV/2011

SCHLAGZEILEN

- 1) Personelle Veränderungen in der Regierung
- 2) Die Regierung einigte sich auf Modalitäten der Eigentumsrückgabe an die Kirchen
- 3) Tschechien plant den Ausbau des Kernkraftwerks Temelín
- 4) Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Tschechien
- 5) Der Besuch von Horst Seehofer in der Tschechischen Republik brachte einen Durchbruch in den gegenseitigen Beziehungen

1) Personelle Veränderungen in der Regierung

Das Kabinett Petr Nečas, das von Zeit zu Zeit von nicht unbeträchtlichen Turbulenzen erschüttert wird, welche durch Auseinandersetzungen in Sachfragen zwischen allen drei Koalitionspartnern – der Demokratischen Bürgerpartei (ODS), der Partei TOP 09 und der Partei Öffentliche Angelegenheiten (VV) – ausgelöst werden, mussten im Berichtszeitraum zwei Minister verlassen. Der Minister für Industrie und Handel, Martin Kocourek (ODS), trat zurück, nachdem bekannt geworden war, dass er bei seiner Scheidung hohe Finanzsummen vor dem Gericht verheimlicht hat. Der Kulturminister Jirí Besser (TOP 09) musste gehen, weil er in seiner Vermögenserklärung nicht angab, Mitinhaber einer Luxuswohnung in den USA zu sein und weil er Kontakte zu einem dubiosen Unternehmer unterhielt. Neuer Minister für Industrie und Handel wurde Martin Kuba, von Beruf Arzt, sonst ein erfolgloser Regionalpolitiker der ODS in Südböhmen. Diese Entscheidung stieß auf Kritik einiger Politiker der ODS. Ministerin für Kultur wurde Frau Alena Hanáková (TOP 09), Abgeordnete, ehemalige Bürgermeisterin einer kleineren Stadt in Mähren. Es wird sich erst zeigen, ob diese beiden durch die oben genannten Umstände erzwungenen personellen Veränderungen für die Regierung Nečas eine Verstärkung bedeuten werden.

2) Die Regierung einigte sich auf Modalitäten der Eigentumsrückgabe an die Kirchen

Das Problem der Eigentumsrückgabe an die in der Tschechischen Republik wirkenden Kirchen, von denen die katholische Kirche mit Abstand die größte ist

(nach den neuesten statistischen Angaben gibt es in Tschechien mit 10,5 Millionen Einwohnern mehr als eine Million Katholiken), versuchte man seit der Wende des Jahres 1989 mehrmals aber immer erfolglos zu lösen. Der Grund dafür liegt vor allem darin, dass die große Mehrheit der Bevölkerung antiklerikal gesinnt ist (nach aktuellen Ergebnissen der Meinungsumfragen sind etwa 70 % der Bürger gegen die Eigentumsrückgabe an die Kirchen) und die Politiker fanden bisher nicht den Mut, eine gerechte und vernünftige Lösung des ganzen Problems vorzuschlagen. Dies hat sich jetzt verändert. Der aktuelle Vorschlag geht davon aus, dass der Staat an die Kirchen 56 % des beschlagnahmten Eigentums (Gebäude, Grundstücke, Wälder) sofort zurückgeben und dann in den nächsten 30 Jahren jedes Jahr 2 Milliarden Kronen zahlen würde. Die Verzinsung sollte der Jahresinflationsrate entsprechen. Außerdem würde der Staat in den nächsten 17 Jahren Dotationen bieten, die zur Förderung der Finanzierung von Gehältern der Priester und anderer Kosten verwendet werden sollten. In den ersten drei Jahren würden es 1,4 Milliarden Kronen jährlich sein, danach würde die Summe jedes Jahr um 5 % reduziert werden.

Es handelt sich zweifelsohne um das bisher beiderseitig akzeptabelste Konzept, dessen Umsetzung jedoch davon abhängt, ob die Koalition ihren Mut und Zusammenhalt bewahren wird. Dies dürfte jetzt sicher sein, nachdem die Partei Öffentliche Angelegenheiten auf ihre mehrmals geäußerten Vorbehalte verzichtet hat.

3) Die tschechische Regierung plant den Ausbau des Kernkraftwerks Temelín

Eines der größten Probleme, mit denen sich die tschechische Regierung langfristig befasst, ist das der Energiesicherheit. Gemeint ist die Sicherheit, dass das Land stets mit genug Energie versorgt wird. Da die Tschechische Republik nicht über genug eigene Ressourcen verfügt und der Ausbau der Systeme zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen die finanziellen Möglichkeiten des Landes weit übersteigt, konzentriert man sich – so wie auch die anderen Staaten der sog. Visegrader Gruppe (Tschechien, Polen, Slowakei und Ungarn) - auf die Nutzung der Kernenergie. Deshalb wird geplant, neben den in Betrieb befindlichen zwei Kernkraftblocks in Temelín (Südböhmen) am gleichen Standort zwei weitere Blocks zu bauen. Außerdem wird auch eine Modernisierung bzw. ein Ausbau des Kernkraftwerks in Dukovany (Westmähren) in Erwägung gezogen.

In diesem Zusammenhang wird die Frage gelöst werden müssen, wer die neuen Blocks bauen soll. Auf die offizielle Ausschreibung meldeten sich drei Bewerber, ein russisch-tschechisches Konsortium, die amerikanische Gesellschaft Westinghouse und die französische Gesellschaft Areva. Obwohl beim offiziellen Besuch des russischen Präsidenten Medwedew in Prag am 8. Dezember 2011 sogar der tschechische Präsident Klaus indirekt den russischen Partner lobte, indem er darauf hinwies, der russische Partner würde eine hohe Beteiligung tschechischer Firmen an der Realisierung des Auftrags garantieren, wird es sich höchstwahrscheinlich zwischen Westinghouse und Areva entscheiden, wer den Auftrag zum Ausbau von Temelín bekommen wird. Bessere Aussichten scheint im Moment die französische Firma zu haben. Dies dürfte nicht nur ökonomische, sondern auch politische Gründe haben. Obwohl die jetzige tschechische Regierung

pro-amerikanisch orientiert ist, kann sie die Tatsache nicht außer Acht lassen, dass die USA immer weniger Präsenz in Europa zeigen. Präsident Obama spricht immer offener davon, dass Amerikas Interessen eher im Pazifik wahrgenommen werden müssen. Das alles scheint im Moment die Chancen des französischen Konzerns zu erhöhen.

Natürlich wird dabei auch die Tatsache eine Rolle spielen, dass Frankreich – im Unterschied zu Deutschland und einigen anderen Ländern Europas – wenigstens jetzt noch nicht auf die Kernenergie verzichten will. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass weder die Regierung noch die Bevölkerung dem Verzicht auf Kernenergie positiv gegenüber steht. Die Partei der Grünen, die gegen den Ausbau der Atomkraftwerke ist, hat im Moment 1.520 Mitglieder und könnte nach den Umfragen der Meinungsforschungsinstitute bei den Wahlen zum Parlament etwa 2-3 % Stimmen gewinnen. Ein anderes für die ganze Problematik relevantes Phänomen ist die wachsende Angst der Bevölkerung, dass infolge des Atomausstiegs in Deutschland und einigen anderen Ländern Europas die Strompreise steigen werden. Der starke Wind, den es auch in Tschechien in der zweiten Dezemberhälfte gegeben hatte, brachte außerdem eine andere Frage auf die Tagesordnung – nämlich die Belastbarkeit des Stromübertragungsnetzes. Bei windigem Wetter an der Nord- und Ostsee produzieren die Windkraftwerke vorübergehend so viel Strom, dass das Stromnetz in Tschechien überfordert ist. Eine Lösung wäre der Bau neuer leistungsfähiger Transformatoren, was natürlich nicht unerhebliche Kosten und folglich eine Strompreiserhöhung bringen würde.

4) Soziale und wirtschaftliche Entwicklung in der Tschechischen Republik

Entsprechend ihrem Programm setzte die Regierung einige Reformschritte in den Bereichen Steuern, Soziales, Gesundheitswesen und Staatsetat fort, wobei Sparmaßnahmen der gemeinsame Nenner für diese Aktivitäten waren. Am 2. November billigte das Parlament den Staatsetat für 2012. Dabei ging man von Einnahmen in Höhe von 1.085 Milliarden Kronen (umgerechnet etwa 42 Milliarden Euro) und Ausgaben in Höhe von 1.190 Milliarden Kronen (umgerechnet etwa 43 Milliarden Euro) aus. Das Problem besteht allerdings darin, dass dieses Budget unter der Voraussetzung aufgestellt wurde, dass die Jahreswirtschaftswachstumsrate bei 2,5 % liegen wird. Aber schon in der Zeit der Abstimmung über dieses Budget war es klar, dass dessen Umsetzung nicht realistisch ist, weil auch in der Tschechischen Republik das tatsächliche Wachstumstempo spürbar niedriger sein wird. Der Finanzminister Miroslav Kalousek (TOP 09) erklärte in diesem Zusammenhang, das Budgetdefizit würde man trotzdem einhalten, notfalls würden die geplanten Ausgaben reduziert.

Die Arbeitslosenquote lag bei 8 %. Die inzwischen berechnete Jahresinflationsrate betrug 1,9 %. Das tschechische Durchschnittsgehalt stieg im 4. Quartal 2011 um 562,- Kronen auf 24.089,- Kronen (umgerechnet etwa 990,- Euro) und ist höher als das Durchschnittsgehalt in Polen, Ungarn und in der Slowakei. Die Wirtschaftswachstumsrate im Berichtszeitraum lag (inflationsbereinigt) bei 0,6 %.

5) Der Besuch von Horst Seehofer in der Tschechischen Republik brachte einen Durchbruch in den gegenseitigen Beziehungen

In den Tagen von 23. bis 24. November 2011 besuchte der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer die Tschechische Republik. Am ersten Besuchstag traf er sich mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Petr Nečas, mit dem er über wichtige Bereiche der bayerisch-tschechischen Zusammenarbeit wie Energiewirtschaft, wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit oder Entwicklung der Verkehrs-Infrastruktur sprach. Am 24. November 2011 traf Horst Seehofer mit dem tschechischen Außenminister Karel Schwarzenberg zu einem Arbeitsfrühstück zusammen. Am Nachmittag reiste der bayerische Ministerpräsident, der von den Repräsentanten der Sudetendeutschen begleitet wurde, zu den Gedenkstätten Lidice, Theresienstadt und der Elbebrücke in Aussig, wo er jeweils einen Kranz niederlegte. Am Nachmittag besuchte er dann den Sitz des Collegium Bohemicum in Aussig, wo er die Ausstellung zur Geschichte der deutschsprachigen Bürger Böhmens besuchte.

Während der erste Besuch von Horst Seehofer im Jahre 2010 in Prag ein erster Schritt zur Anknüpfung offizieller bayerisch-tschechischer Kontakte auf der Ebene der Ministerpräsidenten war, kann man bei der Staatsvisite im November 2011 mit Recht von einem Durchbruch in den gegenseitigen Beziehungen sprechen. Davon zeugen u.a. auch tschechische Pressestimmen, die sich mit dem Seehofer-Besuch befassten.

So brachte eine der meistgelesenen tschechischen Tageszeitungen – die liberal-konservativ orientierte **Lidové noviny** – einen Artikel unter der Überschrift „**Seien Sie bei uns willkommen, Bayer**“. Sein Autor, der Kommentator des Blattes, Zbyněk Petráček, bezeichnete die Herstellung normaler bilateraler Beziehungen zwischen Tschechien und Bayern als ein Ereignis von großer Bedeutung und hebt dies als ein Verdienst der beiden Ministerpräsidenten und Regierungen hervor. Er verweist auch auf die Annäherung der Ansichten der CSU und der ODS in Sachen Bewältigung der Eurokrise. Am Ende seines Kommentars schreibt Zbynek Petráček, die Kranzniederlegung nicht nur in Theresienstadt und Lidice sondern auch an der Elbebrücke in Aussig – dem Ort, an dem nach dem Krieg sudetendeutsche Zivilisten ermordet wurden – bedeutete, dass hier in gewisser Hinsicht ein Tabu durchbrochen wurde. Wer sich darüber empört, sollte entweder den Ministerpräsidenten Nečas attackieren, oder aber einsehen, dass auch diese Kranzniederlegung zu den guten Beziehungen mit Bayern gehört.

Die Tageszeitung **Hospodářské noviny** brachte am 25. November 2011 einen Artikel unter der Überschrift „**Tschechisch-bayerische positive Chemie**“. Der Autor, Leiter der außenpolitischen Redaktion des öffentlich-rechtlichen Tschechischen Rundfunks, Jiří Hošek, meint, dass zwischen Horst Seehofer und dem tschechischen Ministerpräsidenten Petr Nečas offensichtlich “die Chemie stimmt“. Deshalb habe Seehofer nicht gezögert und sei zum zweiten Mal nach Tschechien gekommen und die tschechische Seite habe nicht gestört, dass er mit einer großen Gruppe Vertreter der Sudetendeutschen gekommen ist. Den jüngsten Seehofer-Besuch in Prag bezeichnet der Autor als das Ende der „Ara des eiskalten Schweigens“ und meint, dass der tschechische Ministerpräsident womöglich im

Frühjahr 2012 München besuchen sollte. Als eine richtige und lobenswerte Tat bezeichnet der Autor des Kommentars die Tatsache, dass der tschechische Premier Deutschland und Bayern angeboten hat, eine öffentliche Diskussion über den Fertigbau des Atomkraftwerks Temelín zu führen. Abschließend heißt es: „Die fast 20 Jahre lang andauernde eiskalte Stille zwischen Prag und München, zumal es sich bei den beiden Ländern und Völkern um Nachbarn handelt, die so viel Gemeinsames haben, war eine unverzeihliche Zeitvergeudung. Das sollten sich diejenigen bewusst machen, denen das jetzige von Seehofer und Nečas in die Wege geleitete Tempo der gegenseitigen Annäherung vielleicht als zu schnell vorkommen könnte“.

Mag. Jindrich Mallota

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Prag,
Tschechische Republik

IMPRESSUM

Erstellt: 11.01. 2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iz@hss.de | www.hss.de